

# Machbarkeitsstudie vorgestellt

## Photovoltaik: Investition „sinnvoll“

Von Mareike Stratmann (Westfälische Nachrichten)  
Montag, 18.11.2019

Ladbergen - Wirtschaftlich gesehen, daran ließ Kai Birkmann keinen Zweifel, sei der Betrieb von zwei Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Grundschule und des Rathauses auf jeden Fall darstellbar. Der Fachmann des Ingenieur-Netzwerks Energie hatte im Auftrag der Gemeinde eine Machbarkeitsstudie für die Installation eben jener Anlagen erstellt und stellte diese in der jüngsten Sitzung des Umweltausschusses vor.



Bekommt das Rathaus in Verlängerung an die bereits bestehende Anlage eine zweite Photovoltaikanlage? Kai Birkmann erachtet deren Betrieb sowie die Installation einer weiteren Anlage auf dem Dach der Grundschule für sinnvoll. Foto: Mareike Stratmann

Die Studie sieht demnach vor, auf dem Dach der Grundschule eine Solaranlage mit bis zu 333 Modulen (Modulleistung je 300 Wp) zu errichten, die eine Gesamtleistung von maximal 99,9 Kilowatt-peak (kWp) erbringt. Bei diesem Ansatz würden nahezu sämtliche Dachflächen unterschiedlicher Ausrichtung mit Modulen bestückt. Etwa 33 Prozent des so erzeugten Stroms könnte die Grundschule nutzen, zwei Drittel würden in das öffentliche Stromnetz eingespeist.

Alternativ zeigte er eine Belegung mit 350 Modulen (Leistung je 285 Wp) auf, die zwar das Versetzen der bestehenden Blitzschutzanlage und Entlüftungsrohre nötig mache, dafür aber Erweiterungsmöglichkeiten böte. Um einer Direktvermarktungspflicht zu entgehen und stattdessen in den Genuss einer auf 20 Jahre gesetzlich festgeschriebenen Einspeisevergütung zu kommen, mahnte Birkmann allerdings die Begrenzung der installierten Leistung auf unter 100 kWp Gesamtleistung an. Als Investitionssumme für die Anlage veranschlagte er 126374 Euro – eine Summe, die bereits im Haushaltsplan 2020 vorgesehen ist.

Anlage Nummer zwei soll auf dem Rathaus-Dach mit südsüdöstlicher Ausrichtung errichtet werden – anschließend an jene, die dort schon vor etlichen Jahren in Betrieb gegangen ist. Sie könnte unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten eine zusätzliche Gesamtleistung von 18,9 kWp liefern. Der Eigenverbrauch, so der Fachmann, läge bei circa 43 Prozent. Investiert werden müssten dafür 27594 Euro, die ebenfalls bereits veranschlagt sind.

Auf die Frage von Manuela Börtz (Grüne), wann sich die Investition für die beiden Anlagen in etwa amortisiert hätte, nannte Birkmann einen Zeitraum von „zwölf, 13 Jahren“ – vorausgesetzt, die Anlagen könnten im Sommer kommenden Jahres in Betrieb gehen. Zu jenem Zeitpunkt liegt die Einspeisevergütung für die Anlage auf der Grundschule bei 9,05 Cent/kWh, für die auf dem Rathaus bei 9,05 Cent/kWh. Diese Summen sind bei Inbetriebnahme für 20 Jahre festgeschrieben, nehmen aber pro Monat weiter ab. Ergo scheint es sinnvoll, das Thema nicht auf die lange Bank zu schieben.

Während die Mitglieder des Umweltausschusses die Ausführungen lediglich zur Kenntnis nahmen, könnten in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 5. Dezember beziehungsweise des Rates am 12. Dezember Nägel mit Köpfen gemacht werden. Wie Bürgermeister Udo Decker-König auf WN-Nachfrage berichtet, hofft er darauf, dass die besagten Anlagen im zweiten Halbjahr 2020 in Betrieb gehen können. Vorausgesetzt, die Lokalpolitik stimmt dem Vorgehen zu. So liegt dem Rat ein Antrag der CDU-Fraktion vor (siehe Infobox), für die beiden Anlagen Beteiligungsmodelle auf Basis der Beteiligung Ladberger Bürger zu prüfen. Damit ist Klimaschutzmanagerin Alexandra Kattmann aktuell beschäftigt.